

Zollmeldung | Komoren | Internationale Handelsabkommen, übergreifend

## Vertieftes Handelsabkommen zwischen EU und ESA-Staaten

### Erste Verhandlungsrunde der EU mit fünf Staaten des östlichen und südlichen Afrika (ESA) abgeschlossen

29.01.2020

Die EU-Kommission und die ESA-Staaten Komoren, Madagaskar, Mauritius, Seychellen und Simbabwe haben die erste Verhandlungsrunde über eine Vertiefung des bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommens am 17. Januar 2020 auf den Seychellen abgeschlossen.

Die Gespräche konzentrierten sich auf fünf Themen: Ursprungsregeln, Zoll- und Handelserleichterungen, technische Handelshemmnisse, gesundheitspolizeiliche und pflanzenschutzrechtliche Maßnahmen sowie Landwirtschaft. Die zweite Verhandlungsrunde soll im Sommer in Brüssel stattfinden.

Seit 14. Mai 2012 wendet die EU mit vier der ESA-Mitgliedstaaten (Madagaskar, Mauritius, Seychellen und Simbabwe) ein Interim-Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) vorläufig an, seit 7. Februar 2019 auch mit den Komoren. Das Abkommen umfasst nur den Warenverkehr.

Nachdem die ESA-Partnerstaaten Interesse an einer Vertiefung des Abkommens über den Warenhandel hinaus bekundet hatten, begannen am 2. Oktober 2019 nach Sondierungsgesprächen die Verhandlungen. Das vertiefte Abkommen soll zusätzlich Regelungen in Bereichen wie Dienstleistungen, Investitionen, Rechte des geistigen Eigentums und nachhaltige Entwicklung umfassen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#) .


### Dieser Inhalt ist relevant für:

Komoren / Seychellen / Simbabwe / Mauritius / Madagaskar / EU  
Internationale Handelsabkommen, übergreifend  
Zoll

## Kontakt

Andrea Mack

Zollexpertin

 +49 228 24 993 346

 [Ihre Frage an uns](#)

---

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2021 Germany Trade & Invest

1 [www.gtai.de](http://www.gtai.de)

## VERTIEFTES HANDELSABKOMMEN ZWISCHEN EU UND ESA-STAA TEN

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.